

Aussprache über den Bericht des Dienstes zur Bekämpfung von Armut

Der 2-Jahresberichtes "Im Dialog" möchte politische Veränderungen herbeiführen, die den Alltag der in Armut lebenden Menschen verbessern, und es sollen neue Wege zur Bekämpfung der Armut beschrritten werden.

Einerseits soll die Armut selbst gelindert werden. Andererseits sollen die strukturellen Ursachen für die Entstehung von Armut bekämpft werden.

Die vom Minister für Integration eingesetzte Konzertierungsgruppe bezeichnet den Zugang zu Beschäftigung als Priorität im Kampf gegen die Armut. Dabei hat sie selber festgestellt, dass die Möglichkeiten armer Menschen auf dem Arbeitsmarkt, in aller Regel, extrem eingeschränkt sind. Es gibt praktisch auf dem Arbeitsmarkt immer weniger Arbeitsstellen für niedrig qualifizierte Personen. Wir wissen ebenfalls, dass unser gesamtes Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktsystem an dem Strukturfehler krankt, alles nach wie vor an die Vollbeschäftigung zu koppeln. Durch die Möglichkeiten der Automatisierung und durch die Globalisierung des Handels mit Waren und Arbeitskräften wird es keine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne mehr geben.

Deshalb müssten also, wie oben versprochen, tatsächlich neue Wege beschrritten werden!

Im Bericht wird festgehalten, dass die Ausgewogenheit der ÖSHZ-Gesetzgebung von 1976 zur Behandlung der armen Personen anzuzweifeln sei. Das ÖSHZ besitzt beim Vertragsabschluss mit dem Bewerber ein rechtliches Monopol. Hinzu kommt, dass manche in Armut lebende Menschen, nach Aufnahme einer Beschäftigung, schlechter da stehen als mit der Sozialhilfe. Außerdem sei das Aufsuchen eines ÖSHZ, auch für Unterprivilegierte, niemals ein leichter Schritt, und er bedeutet eine gesellschaftliche Stigmatisierung.

Manchmal seien sogar schwere Konsequenzen im Privatleben, wie z.B. die Entziehung des Sorgerechts für die Kinder, die Folge. Es wird festgestellt, dass die Höhe des Existenzminimums keinem Haushalt ermöglicht, in Menschenwürde zu leben. Das ist, finde ich, unentschuldig für so ein reiches Land.

Bezüglich des Rechtes auf Gesundheitsschutz, muss endlich für die Basis- Gesundheitsversorgung, sowohl ambulant wie stationär, für alle angemeldeten Einwohner ein kostenfreier Zugang erreicht werden. Die Kosten dafür müssen über die Steuern auf alle Einwohner verteilt werden.

Dass ein Anrecht auf soziale Sicherheit eng an eine Beschäftigung gekoppelt ist, wird zu Recht kritisiert. Der Zugang zu Sozialzulagen wird immer noch auf die Gesamtheit der Vollzeit geleisteten Arbeitstage basiert, obschon die Anzahl der Arbeitnehmer mit Zeitarbeitsvertrag unaufhörlich steigt.

Wie kann die Armut effektiv bekämpft werden?

Konfuzius soll einmal gesagt haben: Der einfachste Weg nach draußen ist durch die Tür, warum benutzen so wenig Menschen diese Methode?

Den Menschen Bargeld zu geben, ist der einfachste Weg Armut zu beseitigen.

Der Vorschlag von VIVANT, automatisch an Alle ein bedingungsloses, individuelles, Existenz sicherndes Einkommen zu zahlen, würde:

1. die Armut beseitigen,
2. die aus dem 19. Jahrhundert stammende und nicht mehr funktionierende Kopplung von Einkommen und Arbeit aufheben,
3. die gesellschaftliche Stigmatisierung der Arbeitslosen und der Unterprivilegierten beseitigen, und außerdem würde bewirkt, dass

4. die Macht und der Wohltätigkeitsstatus der Politiker und der Bürokraten verringert würden, und das wäre doch einfach nur ein zusätzlicher Vorteil.

Auf den Vorschlag dieses Grundeinkommen an alle auszuzahlen, antwortete die Koordinatorin, dass nur ein Einkommen für geleistete Arbeit persönliche Würde vermitteln könne. Sie gab aber zu, dass das Thema eines Grundeinkommens in den Konzertierungsrunden noch nicht eingehend erörtert worden sei.

Nur so ist dann auch ihre Antwort zu verstehen, denn die Tätigkeit Kinder erziehender Hausfrauen und Hausmänner, private Forschungstätigkeit, künstlerisches Schaffen, Nachbarschaftshilfe, Sorge um die alten Mitglieder der Familie, politisches Engagement, ehrenamtliche Tätigkeiten in vielfältiger Form, sind alles in unserer Gesellschaft nicht bezahlte Tätigkeiten, und aber doch Tätigkeiten, die genau so viel Würde beinhalten wie jede offiziell bezahlte Berufstätigkeit.

Und wenn nun alle registrierten Einwohner eines Landes dieses Grundeinkommen automatisch beziehen, dann gibt es überhaupt keine Diskriminierung, sondern nur die Anerkennung der Würde des Menschen an sich, auf Grund eben seiner Existenz.

Die VIVANT- Fraktion schlägt dem Präsidium, dem Parlament und der Regierung deshalb vor, das Thema eines bedingungslosen Grundeinkommens in nächster Zeit, im Rahmen eines Symposiums oder nach Vorgabe des Präsidiums, und unter Einladung externer Experten so wie aller betroffenen Dienste, hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingehend zu behandeln.

St.Vith, 16.10.2005

Dr.J.Meyer

VIVANT-Fraktion